

OFFENER BRIEF



Andreas Gehrmann
13 Std. · 🌐

**Die gesamte NATO-Osterweiterung diene der Kriegsvorbereitung gegen Russland!
Europa wird wieder in einen Krieg gehetzt
und Deutschland ist das Zentrum!**

Das Friedensmanifest: ein Appell – ausgerechnet – an die Kriegstreiber

1. März 2023 [Suitbert Cechura](#) 39 Kommentare



Teilnehmer an der Kundgebung „Aufstehen für den Frieden“. Screenshot

Verhandlungsfrieden statt Siegfrieden – was die Nation aufregt und ihre Kriegsherren gar nicht leiden können.

Eins hat das Friedensmanifest von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht geschafft: Es hat eine Gegenposition gegen die auf allen Kanälen laufende Kriegspropaganda und gegen die Selbstverständlichkeit deutscher Kriegsbeteiligung, die via Rüstungsexport, Wirtschaftskrieg und über allerlei Machenschaften eines „leading from behind“ läuft, in eine größere Öffentlichkeit gebracht.

Bestand die Kriegsberichterstattung der Leitmedien bislang vor allem in der Beschwörung der absoluten Verwerflichkeit eines „Angriffskriegs“, um seine grausamen Folgen und das Verbrechen des russischen Präsidenten vorzuführen, so

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

haben die Medien nun einen neuen Feind zur Hand: die Kriegsmüden und unsicheren Kantonisten an der Heimatfront. Zumal die beiden Initiatorinnen des Manifestes es geschafft haben, ein breites Bündnis hinter sich zu scharen von ganz rechts bis weit nach links, von Pastorinnen wie Frau Käßmann und Philosophen wie Herrn Habermas bis zu Ex-Generälen und ehemaligen Friedensaktivisten.

Und dann gelingt es dem Duo sogar noch, am 25. Februar unter dem Titel „Aufstand für Frieden“ bei schlechtem Wetter Tausende ans Brandenburger Tor zu locken, so dass die Polizei Schwierigkeiten hat, die Zahlen kleinzurechnen, und sich mit Behinderungen des Zugangs behelfen muss. Wagenknechts Äußerung, „Neonazis und Reichsbürger“ hätten auf der Kundgebung nichts zu suchen, kann die Presse natürlich sofort entlarven. Die Veranstalter lassen keine rechtsextremen oder nationalistischen Transparente zu, damit die Journalisten sie nicht ablichten können! In Wirklichkeit sind die Friedensfreunde nämlich scharf auf die Mitwirkung des Rechten Sektors: „Wölfe willkommen, aber bitte im Schafspelz“ (FAZ, 27.2.23).

Man kann sich natürlich über den „Bruch des üblichen Totschweigekartells“ freuen. Man sollte dann aber registrieren, dass sich das Ganze keinem Aufruf zum Aufstand oder zur Illoyalität verdankt, sondern – man muss es leider sagen – einem eher schlichten Text, der ziemlich devot daherkommt.

Ein bisschen Frieden, ein bisschen Träumen ...

Das Manifest beginnt mit der Aufzählung von Fakten: „Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine. Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert.“ Und schließt diese einleitenden Bilanz mit der Feststellung ab: „Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land.“

Dieser Einstieg ist in doppelter Hinsicht erstaunlich. Einerseits muss man den Kriegsherren, also den staatlichen Stellen, die über Leben und Tod ihrer Bürger – im nationalen Ernstfall – unwiderruflich entscheiden, nicht mitteilen, dass sie die Macht haben, das Land zu verwüsten und Menschen zu opfern. Das sind ja ihre Kriegsmittel, die sie nach reiflicher Überlegung und minutiöser Vorbereitung (übrigens in Friedenszeiten) dann einsetzen, wenn sie den Gegensatz zu ihren Gegnern nicht mehr aushalten. Dass sie für solche Zerstörungen *ihre* Gründe haben – dass sie diese beschönigen oder vermenschlichen –, müsste der Angriffspunkt einer Empörung sein, die sich aus dem Standpunkt „Nie wieder Krieg“ ergibt.

Andererseits muss man jedoch festhalten, dass die Forderung des „Nie wieder“, die in den bundesrepublikanischen Sonntagsreden einmal ihren Ehrenplatz hatte, heute schon einen Verstoß gegen das Staatswohl darstellt und – eigentlich – nicht geduldet werden kann. Pazifismus entzieht sich der Parteinahme in diesem Krieg, was an strafbares Handeln grenzt. Das zeigt Wirkung. So erklärte denn auch Käßmann bei ihrer Rede auf der Bonner Friedensdemonstration, dass sie sich zwar wegen der deutschen Vergangenheit weiter als Pazifistin bekenne. Aber sofort kam die Einschränkung:

„Dabei habe ich die Demut, zu wissen, dass ich schuldig werde an Menschen, die sich mit der Waffe verteidigen wollen. Ich habe auch Verständnis für den Ruf nach Waffen. Aber in einer Demokratie nehme ich mir das Recht heraus, bei meiner Position zu bleiben.“ (FR, 17.2.23)

Man darf – danke, deutsche Obrigkeit! – sich zum Pazifismus bekennen, wenn man ihn für bedeutungslos erklärt. Und so ergreifen auch die Initiatorinnen des Manifests mit ihren einleitenden Bemerkungen Partei für die Opfer des Krieges, wissen aber, auf welche Seite sich die Humanität zu schlagen hat. Die Ukraine verdient das Mitgefühl, die Opfer auf russischer Seite, die es ja auch gibt, sind hier wie sonst in den Medien kein Thema. So bewegt sich das Manifest in der Schuldfrage ganz auf der offiziellen Linie:

„Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass ‚wir‘ einen ‚Krieg gegen Russland‘ führen. Im Ernst?“

Die Frage nach der Solidarität ist damit regierungstreu beantwortet. Dann wird sie aber an die bisherige Politik zurückgegeben, da diese sie immerzu als ein Problem beim Umfang der Waffenlieferungen behandelt. Das ist den Autorinnen zu kurzichtig. Den Sinn der Fortführung des Krieges ziehen sie in Zweifel, ja bezweifeln, ob da überhaupt noch politisch kalkuliert wird. Und obgleich ohne westliche Geldmittel und Waffen (wo die BRD ganz vorne mit dabei ist) die Ukraine gar keinen Krieg gegen Russland führen könnte, wollen die Verfasserinnen des Manifestes nicht glauben, dass Deutschland längst Kriegspartei ist, so wie es die Außenministerin als klare moralische Entschiedenheit des Landes formuliert hat.

Dass auch Deutschland, wie der ukrainische Präsident Selenskij, einen Sieg gegen Russland will, können solche Friedensbewegte einfach nicht glauben. Sie fragen vielmehr, ob sich das Land da nicht in etwas hineinziehen lässt: „Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch ‚Bodentruppen‘ senden. Doch wie viele ‚rote Linien‘ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?“

Und so werden sie zu Mahnerinnen: „Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.“

Das ist eine seltsame Mahnung, denn einen Atomschlag wie auch einen Atomgegenschlag muss ja jemand befehlen, die Bomben „rutschen“ nicht aus heiterem Himmel in die Welt. Also müssen die Manifestlerinnen den Willen zum Atomkrieg nicht nur bei Putin, sondern auch bei der eigenen Regierung in Rechnung stellen. Und dass es dazu allen Anlass gibt, zeigt Deutschlands entschiedene Absicht, auf die „nukleare Teilhabe“, also die Beteiligung an einem Atomkrieg, nicht zu verzichten und sich deshalb neue Bomber für solche Waffen (die gerade im rheinland-pfälzischen Büchel modernisiert werden) in den USA zu bestellen. Doch sind diejenigen, die so gerade ihre Bereitschaft zum Führen eines Atomkrieges dokumentieren, die richtige Adresse für eine Mahnung?

Ein Verhandlungsfrieden – das neue Reizthema

Als ihr stärkstes Argument betrachten die Manifestlerinnen wohl eine weitere Warnung, dass der Krieg nämlich gar nicht zu gewinnen sei: „Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum denn nicht jetzt? Sofort!“

Das ist schon eine eigenartige Kritik, den Krieg an seinen Erfolgsaussichten zu messen. Wäre er denn dann lohnend und wären die Opfer in Kauf zu nehmen, wenn die Siegesaussichten gut sind? Natürlich kann man den Verfasserinnen nicht unterstellen, dass sie für einen Krieg bei besseren Gewinnchancen votieren. Dennoch könnte ihnen ja hier einiges auffallen: erstens die Verlogenheit der hiesigen Kriegspropaganda, die Putin einerseits als irrsinnigen, triebgesteuerten „Killer“ (Biden) zeichnet und ihn andererseits als rational handelnden Politiker einstuft, der das nukleare Inferno auf keinen Fall wollen kann; zweitens die klare Zielrichtung, rücksichtslos – auch und gerade angesichts eines ungeheuren Vernichtungspotenzials – statt zu kapitulieren die Schwächung des Gegners durch einen Verschleiß- und Ausblutungskrieg fortzuführen. Das soll kein „lohnendes“ Kriegsziel sein? Und kann man diese Kalkulationen nicht ständig der Zeitung entnehmen?

Kaum hat sich das Manifest mit seiner Verhandlungsforderung vorgewagt, sieht es sich auch schon unter Rechtfertigungsdruck: „Verhandeln heißt nicht kapitulieren, Verhandeln heißt, Kompromisse machen auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!“

Mit ihrer Verhandlungsforderung stellt sich das Manifest gegen die offizielle Politik, die jedes Zugeständnis an die russische Seite gleich als Kapitulation vor dem Unrechtsregime geißelt. Um sich mit der Forderung ins Recht zu setzen, berufen sich die Autorinnen dann auf die Mehrheit im Volke. Ein echt demokratisches Argument. Es übersieht großzügig, dass die Mehrheitsmeinung zwar bei der Auswahl von Politikern am Wahltag – für ein paar Sekunden beim Kreuzchenmachen – eine Rolle spielt, die Bürger sonst aber nichts zu melden, sich vielmehr den Vorgaben von oben zu fügen haben. Zudem ein höchst zweifelhafter Einspruch: Soll denn der eigene Standpunkt keine Rolle mehr spielen, wenn er nicht mehr von der Mehrheitsmeinung getragen wird?

Ihre Ohnmacht kennen und bekennen auch die Verfasserinnen des Manifests: „Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern ‚Schaden vom deutschen Volk zu wenden‘.“

Und so präsentieren sich die beiden Autorinnen ganz als Mahnerinnen der deutschen Politik, in die sie wohl großes Vertrauen setzen. Scholz – von dessen unverwüstlicher Bereitschaft, über Leichen zu gehen, vorher einiges zu erfahren war – soll jetzt alles zum Guten wenden: „Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie auf europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.“

Der letzten Schlussfolgerung mag man nicht widersprechen, schließt doch die ständige Eskalation der Waffenlieferungen durchaus die Gefahr eines Dritten Weltkriegs ein. Und der hat eigentlich schon in der Ukraine begonnen, denn dort steht ja nicht einfach das Kiewer Regime der Russischen Föderation gegenüber, sondern ein vom Westen ausgestatteter und angeleiteter Staat, der für die westlichen Zwecke bluten darf, einer Ex-Großmacht, die definitiv zur „Regionalmacht“ (Obama) herabgestuft werden soll, es aber noch nicht ist. Verwunderlich, dass ausgerechnet einer der größten Unterstützer dieses Kriegs für seine Beendigung sorgen soll.

Die Reaktion bleibt nicht aus: **Vaterlandsverrat!**

Die Reaktion der Politiker und Leitmedien ließ nicht lange auf sich warten, sehen sie doch in dem Manifest **eine Untergrabung des Kriegswillens in der Bevölkerung.** Dass

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

sie sich auch moralisch gegen Russland und auf die Seite der Ukraine stellen, hilft den Verfasserinnen nicht, es bringt ihnen statt dessen den Vorwurf ein, die Ukraine zu bevormunden. So [betonte](#) Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) schon am Vortag der Friedensdemonstration, „dass es allein an der Ukraine (sei), zu entscheiden, wann der Krieg beendet wird... Jeder, der bei Sinn und Verstand ist, wünscht sich Frieden herbei. Aber es gebe auch einige, die Putins Spiel trieben, die Frieden nur als Vokabel nähmen, um Unterwerfung vorzuschlagen.“

Nach Lesart der Kritiker aus Politik und Medien kann Solidarität mit der Ukraine einzig und allein heißen, ihr alle notwendigen Waffen für einen Sieg zu liefern. Dass die Ukraine den Krieg nur solange führen kann, wie der Westen diesen Staat mit Geld und Waffen versorgt, dass also die NATO-Staaten die Entscheidung in der Hand haben, wie lange der Krieg dauert und wie viele Opfer er noch bringt, davon will die nationale Öffentlichkeit, in der dauernd über die Fortführung und Eskalation des Konflikts debattiert wird, nichts wissen. Es fällt den Kritikern des Manifestes natürlich leicht, immer einen Ukrainer oder noch besser eine Ukrainerin vorzuführen, der oder die den Siegeswillen des Kiewer Regimes authentisch verkörpert – und den Anspruch auf die ganze Ukraine in den Grenzen von Anno Dunnemals bekräftigt.

So unterstellte Verteidigungsminister Pistorius bei Markus Lanz (22.2.23) den Verfasserinnen, dass ihre Forderung nach einem Kompromiss Parteinahme für Russlands Landnahme sei. Er machte unmissverständlich deutlich, dass ohne einen vollständigen Rückzug Russlands aus den besetzten Gebieten kein Frieden möglich sei. Was nichts anderes bedeutet, als dass nur die Kapitulation Russlands die Voraussetzung für Friedensverhandlungen sein kann.

Andere sahen sich bemüßigt ebenfalls Friedens- oder Gegenmanifeste in die Welt zu setzen: z.B. „Die Ukraine jetzt aufgeben? Nicht in unserem Namen!“ von Roderich Kiesewetter (CDU), Marcus M.Keupp (Militärakademie ETH Zürich), Prof. Dr. Joachim Krause (ISPK Kiel) u.a. Sie erreichten aber nicht die Resonanz des Friedensmanifests. Deshalb schoben Kiesewetter und Junge Union gemeinsam mit der Jugendorganisation der FDP gleich noch ein eigenes Manifest nach: das „Manifest für die Freiheit in Europa“, das auch gleich die Unterstützung von Frau Strack-Zimmermann (FDP) fand. Und natürlich von Hofreiter, zu dessen olivgrüner Kollegin Baerbock CSU-Söder letztens das Wort vom „Kriegsrausch“ einfiel!

Dass sich das Manifest auf die Unterstützung der Bevölkerung stützen kann, ist natürlich für die Medien, die deren Meinung betreuen, besonders ärgerlich. Die Resonanz musste gleich in Frage gestellt oder uminterpretiert werden. Der Vorsprung der Befürworter vor den Gegnern des Manifestes sei minimal (39% zu 38% bei einer Großzahl an Enthaltungen); die Völker der Welt unterstützten vielmehr überwiegend

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

den Kriegskurs des Westens, so eine Umfrage des European Council on Foreign Relation (ECFR). In dem Gremium finden sich prominente Figuren des neueren Bellizismus wie Christoph Heusgen, Wolfgang Ischinger, Roderich Kiesewetter, Stefan Kornelius, Joschka Fischer, Reinhard Bütighofer, Alexander Graf Lambsdorf, Norbert Röttgen, Lars Klingbeil und einige andere wieder. Dabei sind neben Politikern auch Journalisten vertreten, so dass hier die Einheitsfront der Kriegspropaganda geschmiedet wird.

Daher ist es kein Wunder, dass sich z.B. die Kommentare verschiedener Autoren in der SZ wie von ChatGTP geschrieben lesen. Die Diskussion um das Manifest mündet dabei regelmäßig in die Frage, ob die Ukraine den Krieg gewinnen kann oder ob nicht die Forderung nach einem Kompromiss auf die Unterstützung Putins hinausläuft. Da kann sich auch noch jede Seite auf irgendwelche Militärs berufen und so die Frage von Krieg und Frieden in militärtaktischen Abwägungen enden lassen.

Wo die Argumente gegen das Manifest ausgehen, bleibt noch ein geistiger Totschläger: die Forderung, sich von rechts zu distanzieren. Dass die Initiatorinnen das tun, hilft ihnen nicht. Schließlich haben auch rechte Politiker wie Bernd Lucke und Tino Chrupalla ihre Unterschrift unters Manifest gesetzt. Beifall von der falschen Seite gelassen hinzunehmen (wie einst der deutsche Turbointellektuelle Enzensberger empfahl), ist in diesem Fall nicht erlaubt. Eine interessante Klarstellung! Wer die Regierungspolitik unterstützt, wer mit gelbblauen Fahnen und Rufen wie „Ruhm der Ukraine“ auf die Straße geht, wird dagegen nicht von Reporten nach seiner politischen Herkunft aus einer militaristischen oder nationalistischen Ecke befragt. Auch distanziert sich die Bundesregierung nicht von den faschistischen Milizen in der Ukraine, sondern versorgt sie mit Waffen.

Die Partei der Grünen hatte übrigens am Vortag der Berliner Friedensdemonstration zu einer Großdemonstration unter dem Titel „Solidarität mit der Ukraine“ aufgerufen. Sie wollte so eine Gegenbewegung ins Leben rufen, was ihr, wenn man auf die Teilnehmerzahl blickt, nur eingeschränkt gelang. Aber das Distanzierungsgebot von rechts, also das Abgrenzungsgebot von einem „neutralen“ Pazifismus, der sich nicht vor der neuen Kriegsmoral verneigt, zeigt Wirkung. Einige Prominente haben mittlerweile ihre Unterschrift unters Manifest zurückgezogen, weil sie um ihren guten Ruf fürchten...

Ansonsten geht die Kriegspropaganda in den Leitmedien munter weiter. Die nehmen den Jahrestag des Kriegsbeginns zum Anlass, den Krieg als Leitthema auf ganze Reihen auszudehnen, um ja die Bürger bei der Stange zu halten.

Mitmacher werden gebraucht

Der Druck und die Unnachgiebigkeit, mit der die Medien und die Politiker für die – moralische, noch indirekte... – Kriegsbeteiligung Deutschlands agitieren, machen es deutlich: Es ist offenbar sehr wichtig, dass die Bürger den offiziellen Standpunkt teilen. Zum Kriegführen braucht es eben Menschen, die die Munition herstellen, die Panzer instand setzen, die Waffen zur Front transportieren und das alles als die normalste Sache der Welt betrachten.

Wenn es zum Letzten kommt, auch das zeigt der Krieg in der Ukraine, verlassen sich die Mächtigen nicht auf die Freiwilligkeit ihrer Untertanen, dann gibt es Zwangsrekrutierungen, damit die Menschen ihr Leben für die Nation einsetzen. Die Untertanen sind eben in Russland wie in der Ukraine die Verfügungsmasse der Regierenden, mit denen diese den Krieg führen, um *sich*, also die Staatsmacht, zu schützen. Und diejenigen, die sich in Russland wie der Ukraine durch Kriegsdienstverweigerung oder Desertion diesem Zwang entziehen wollen, sind nirgendwo willkommen. Ukrainische Deserteure können in Deutschland nicht mit Asyl rechnen, ihnen droht eher die Abschiebung. Russische Deserteure sind in Europa auch nicht willkommen. Schließlich sind das alles Menschen, die sich ihrer Obrigkeit nicht fügen.

In Deutschland ist das Mitmachen in anderer Weise gefordert. Schließlich haben alle Bürger die Folgen des Wirtschaftskrieges zu tragen, der ihnen die Inflation und damit die Entwertung ihres Einkommens beschert. Ein ernsthafter Protest dagegen ist bislang ausgeblieben. Im Blick darauf sollten sich die Friedensaktivisten einmal fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, sich an diejenigen zu wenden, die den definitiven Schaden durch die deutsche Kriegsbeteiligung haben, statt an die zu appellieren, die den Krieg durch Geld und Waffen am Laufen halten.

Wenn Arbeitnehmer nicht mehr hinnehmen, dass sie die Folgen des Krieges als Entwertung ihres Lohns oder Gehalts und damit als Absenkung ihres Lebensstandards zu tragen haben, wäre die Stimmung im Lande eine andere. Zwar liegt jetzt die Forderung nach Inflationsausgleich auf dem Tisch, doch haben die bisherigen Tarifrunden gezeigt, dass die deutschen Gewerkschaften immer wieder Lohnsenkungen zustimmen, indem sie Abschlüsse unterhalb der Inflation tätigen. Dagegen anzugehen, wäre ein Zeichen, sich nicht für den Krieg gegen Russland einspannen zu lassen. Sonst bleibt es bei der trostlosen Bitte von Nicole aus den Zeiten der alten Friedensbewegung: „Ein bisschen Frieden, ein bisschen Träumen, und dass die Menschen nicht so oft weinen...“

Ähnliche Beiträge:

- [Positionen und Aktivitäten der IPPNW in Zeiten des Ukraine-Krieges](#)
- [Abzug aus Cherson oder Niederlage? Über die russische Kriegsführung](#)

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

- [„Deutschland zahlt den Preis für den von den Amerikanern gegen Russland geführten Krieg“](#)
- [Die militärische Lage in der Ukraine](#)
- [Der wirkliche Selenskij: vom prominenten Populisten zum unpopulären Neoliberalen im Pinochet-Stil](#)

Warum man das Emma-Manifest unterzeichnen sollte

20. Februar 2023 Jürgen Link83 Kommentare



Kampagnenbild für die Kundgebung „Aufstand für den Frieden“

Argumente für Zweiflerinnen am „Manifest für den Frieden“

Meine Prämisse, weshalb ich das [Emma-Manifest](#) unterzeichnet habe, lautete: „Wenn man die Lage wirklich für höchst gefährlich hält, kann es meines Erachtens nicht mehr um 100% Sauberkeit eines Textes gehen, sondern nur, ob der Text sich auf den nächsten dringendsten Schritt konzentriert, d.h. Verhandlungen über einen Waffenstillstand (nicht schon über einen Friedensvertrag), ob kein antagonistischer Fehler drin ist (also z.B. eine Rechtfertigung des russischen Angriffskrieges) und ob es ein Massenereignis werden kann. Das kann es meines Erachtens.“

Zwei erste Erfolge des Manifests waren: 500.000 Unterzeichnungen in der ersten Woche – Bruch des üblichen Totschweigekartells einer solchen Initiative. Die breite mediale Diskussion versuchte erwartbarerweise, das Manifest zu diskreditieren und weitere Unterzeichnerinnen politisch und moralisch einzuschüchtern. Auch das war aber positiv, weil es die (sämtlich schwachen) Gegenargumente ausformulierte. Ich habe versucht, sie zu strukturieren und zu beantworten, um weitere Unterzeichnungen zu erleichtern.

Einwand 1: Russland als Angreifer ist für alle Kriegsschäden und Verluste an Menschen und Infrastruktur der Ukraine allein verantwortlich. Der Krieg der Ukraine ist ein gerechter Verteidigungskrieg und damit in allen Aspekten legitim. Wer außer dieser Feststellung andere Aspekte des Krieges diskutiert, stellt sich auf die Seite des Angreifers und erweist sich als „Putins Sister und Buddy“ (Der Standard).

Antwort: Tatsächlich ist der Krieg auf ukrainischer Seite hybrid. Er war zunächst (bis Ramstein, April 2022) ein hauptsächlich gerechter Verteidigungskrieg, der von einer beeindruckenden und erfolgreichen Volksresistenz der ukrainischen Zivilgesellschaft unterstützt wurde. Damit wurde der Angriff auf Kiew abgewehrt. Seit Ramstein und seit dem dort durchgesetzten erweiterten Kriegsziel (keine Verhandlungen vor Vertreibung der russischen Armee aus der gesamten Ukraine einschließlich der Krim, entscheidender militärischer Sieg über Russland) handelt es sich um einen hybriden Krieg: weiter noch legitime Verteidigung und Volksresistenz, aber mehr und mehr untergeordnet unter die Ramstein-Strategie der USA und der NATO. Diese Strategie bestimmt die Waffen und führt selbst die Logistik des Krieges entscheidend mit durch. Die gelieferten Waffen sind tauglich zur Gegenescalation („schwere Waffen“). Seitdem stellt sich durchaus die Frage, welchem geostrategischen Subjekt die entsetzlichen Verluste der Ukraine letztlich zugute kommen.

Einwand 2: Die „Eskalationsphobie“ (Master Mind der Bundesregierung Joachim Krause in der FAZ: 7.2.2023) dient Putin. Die ukrainisch-westliche „Gegenescalation“ (Krause ebd.) ist notwendig, um das Kriegsziel der Vertreibung Russlands aus der Ukraine zu erreichen. Die Drohung Russlands mit nuklearer Eskalation ist „Bluff“. Der Sieg über Russland ohne nukleare Eskalation ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erreichen, wenn nicht über einen Waffenstillstand und Verhandlungen geredet wird. Solches Reden stärkt lediglich Putin.

Antwort: Das ist evidentermaßen absurd. Wenn Putin = Hitler, dann wird er vor einer entscheidenden Niederlage eskalieren bis in den ABC-Bereich. Wenn er das sicher nicht tun wird, ist er nicht = Hitler und kann mit ihm über Waffenstillstand verhandelt werden. Man kann aber keineswegs sicher sein – ein Restrisiko von mindestens 10% bleibt bestehen –, würde ein AKW mit einem solchen Restrisiko genehmigt? Aber ein möglicher Atomkrieg schon?

Einwand 3: Es ist unmoralisch, Waffenstillstandsverhandlungen zu unterstützen, weil man mit einem brutalen Verbrecher wie Putin nicht verhandeln kann. Er begeht täglich neue brutale Verbrechen.

Antwort: Also ist das rascheste Mittel, ihn an weiteren täglichen Verbrechen zu hindern, ein Waffenstillstand.

Einwand 4: Russland entscheidend zu schlagen, impliziert einen längeren Krieg mit Gegeneskalation. Das ist unvermeidlich. Deshalb muss die ukrainisch-westliche Seite unter allen Umständen durchhalten. Reden über Waffenstillstandsverhandlungen schwächt die Moral des Durchhaltens und fördert unmoralische „Kriegsmüdigkeit“.

Antwort: Tatsächlich ist die pure Länge des Krieges aus mehreren Gründen ein entscheidendes Argument, das nicht von der Tatsache des Angriffskriegs weggewischt werden kann. Das tägliche Massaker an der ukrainischen Jugend und Zivilgesellschaft kann und muss durch einen baldigen Waffenstillstand gestoppt werden. Dazu kommt das tägliche Massaker an der Umwelt, was Wolfgang Ischinger, als er noch nicht Robustbellizist war, auf die zutreffende Formel gebracht hat: „Ein großer Krieg, und die gesamten Klimaziele, die wir haben, können Sie alle einstampfen“ (WAZ 3.12.2019). Der große Krieg ist jetzt da: dass er von Putin angefangen wurde, ändert nichts daran, dass er da ist.

Einwand 5: Zwischen dem Putin-Regime und der russischen Bevölkerung zu differenzieren, ist sowohl ein Irrtum als auch für die notwendige Durchhaltungsmoral der ukrainisch-westlichen Seite sehr schädlich.

Antwort: Dabei stützt man sich auf offizielle russische Umfragen, deren Glaubwürdigkeit doch der These überwältigender Manipulationsmacht Putins widerspricht. Tatsächlich ist eine starke Desertionsbewegung mehrerer Millionen aus Russland (sowie auch eine – natürlich unterdrückte – Resistenz im Lande) ein Faktum. Die Motivation der russischen Soldaten ist offenbar eher schlecht. Mit der Lieferung ausgerechnet deutscher Panzer an die Ukraine bekommt Putin eine Steilvorlage, um falsche Analogien zum »Großen Vaterländischen Krieg« herzustellen. –

Aber auch in der Ukraine gibt es (verbotene) Kriegsdienstverweigerung und Desertion. Teile der Zivilgesellschaft beider Seiten lehnen also offenbar einen langdauernden Krieg ab und könnten sich in der Forderung nach Waffenstillstandsverhandlungen begegnen. Die entschiedensten Gegner solcher Tendenzen in der Ukraine sind Ultrationalisten, deren Anhang weit über das Asowregiment hinausgeht und deren Einfluss sich in der radikalen Entrussifizierungskampagne (Millionen russische Bücher werden z.B. aus den Bibliotheken entfernt, Judenmörderideologen wie Bandera und Melnyk [Führer der OUN-M und Master Mind der SS-Division Galizien] werden als Helden des aktuellen Krieges verehrt usw.) Auch das ist ein hybrider Faktor des Krieges auf der ukrainischen Seite, den einfach wegzuwischen in seltsamem Widerspruch zum deutschen Grundsatz steht, allen Anfängen des Antisemitismus zu wehren. Die Frage ist, ob Selenskyj nicht mehr und mehr von diesen Radikalnationalisten abhängig wird.

Einwand 6: Es gibt AfD-Leute wie Chrupalla, die das Manifest unterschrieben haben. Es droht also eine „Querfront“ mit Rechten.

Antwort: Soll man, wenn es AfD-Leute gibt, die der Gleichung $2 \times 2 = 4$ zustimmen, sich lieber für 5 entscheiden? In jeder Situation einer tiefgreifenden Krise der bisherigen Normalität („Zeitenwende“), also angesichts eines Eskalationskriegs, dem immer intern die Gefahr eines mehr oder weniger antidemokratischen Notstandsregimes (wie jetzt sowohl mehr in Russland wie weniger bereits auch in der Ukraine) entspricht, ändert sich sozusagen der „Aggregatzustand“ der Gesellschaft und es entstehen Massenbewegungen für und gegen Krieg bzw. Notstandsregime. In einem solchen „heißen gesellschaftlichen Aggregatzustand“ kommt es zu individuellen „Umpolungen“, die gestern noch unmöglich erschienen.

Viele Beispiele zeigt die Geschichte des Antifaschismus der 1930er Jahre. Natürlich gilt es, ein „Kapern“ einer solchen Antikriegsbewegung durch etwa die AfD als Organisation zu verhindern. Das haben die Organisatorinnen des Emma-Manifests durch die Auswahl der Erstunterzeichnerinnen vorbildlich gelöst. Wie in der Antwort zu Einwand 5 dargelegt, würden latente Antisemiten, die das Manifest unterzeichnen, damit sogar implizit Antisemitismus bekämpfen. Das Entscheidende ist, dass es eine Massenbewegung werden kann: Wenn das gelingt, werden einzelne „Rechte“ in die richtige Richtung „mitgerissen“.

Einwand 7: Putin will ja gar nicht über einen Waffenstillstand verhandeln.

Antwort: Gerade dann soll man ihm solche Verhandlungen anbieten, um ihn unter Druck zu setzen (und zu entlarven, falls er tatsächlich bei seiner Weigerung bleiben sollte: was den Widerstand in Russland verstärken würde).

Jürgen Link ist ein Literaturwissenschaftler und emeritierter Professor für Literaturwissenschaft und Diskursforschung an den Universitäten Bochum und Dortmund. Mit-Herausgeber der [kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie](#). Seit 1980 politisches Engagement hauptsächlich in der Friedensbewegung .

Ähnliche Beiträge:

- [Abzug aus Cherson oder Niederlage? Über die russische Kriegsführung](#)
- [Der Weg zum Frieden beginnt mit der Vernunft, nicht mit moralischer Empörung](#)
- [Welche Optionen hat der Westen im Ukraine-Krieg?](#)
- [Die militärische Lage in der Ukraine](#)
- [Der wirkliche Selenskij: vom prominenten Populisten zum unpopulären Neoliberalen im Pinochet-Stil](#)

[Ist der „neue Konsens in Europa“, dass „nur ein Sieg der Ukraine Putins Krieg stoppen wird“? | Overton Magazin \(overton-magazin.de\)](#)

Ist der „neue Konsens in Europa“, dass „nur ein Sieg der Ukraine Putins Krieg stoppen wird“?

23. Februar 2023 Florian Rötzer43 Kommentare



Zerstörungen ziviler Gebäude durch Beschuss gibt es auch im jetzt russisch kontrollierten Donbass wie hier in Debalzewe, wovon man im Westen meist nichts erfährt. [Bild](#): da-news.ru

Die Süddeutsche Zeitung im K(r)ampf mit einer **Umfrage des European Council on Foreign Relations**, der sie auch zugunsten der Nato-Kriegshaltung interpretiert

Wenn eine „Denkfabrik“, wie die Süddeutsche Zeitung die eng an die EU gebundene **Beeinflussungsorganisation [European Council on Foreign Relations](#)** (ECFR) nennt, eine Umfrage macht, soll auch ein Ergebnis zumindest in der Interpretation herauschauen. Wenn dann beim Thema Unterstützung der Ukraine Timothy Garton Ash, **bekannt für seine pro-ukrainische und antirussische Haltung**, Hauptautor ist, braucht man sich kaum mehr wundern. Ein weiterer Autor ist Ivan Krastev, Mitgründer des EFCR und [Mitglied im Board of Directors](#) der Open Society Foundation, die [Hauptgeldgeber des EFCR](#) ist. Auch Mark Leonard, der dritte im Bund, ist Mitgründer des EFCR und gut vernetzt im Dickicht der „think tanks“, also der zahllosen Beeinflussungsinstitutionen, die Unabhängigkeit vorgeben.

Auch die [Liste der deutschen Mitglieder des EFCR](#) sollte man sich bei der Gelegenheit einmal zur ideologischen Einschätzung anschauen: z.B. Christoph Heusgen, Ina

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Heusgen, Wolfgang Ischinger, Roderich Kiesewetter, Stefan Kornelius, Joschka Fischer,
Reinhard Bütikofer, Alexander Graf Lambsdorff, Norbert Röttgen, Lars Klingbeil ...

Der Westen ist geeint bei der militärischen Unterstützung der Ukraine, so die Botschaft
des ECFR zur Umfrage. Das soll auch das Foto zu Beginn des Berichts über die Umfrage
suggerieren: die aufeinanderliegenden Hände von EU-Kommissionspräsidentin von der
Leyen, des ukrainischen Präsidenten Selenskij und des Ratspräsidenten Charles Michel.

Allerdings ist das [Umfrageergebnis](#) in Kontrast zur Interpretation dennoch interessant.
Befragt wurden 20.000 Menschen in 15 Ländern im Dezember und Januar. Und das
Fazit, das unkritisch von Nadja Tausche in der [Süddeutschen Zeitung](#) – Stefan Kornelius
wird darüber wachen! – wiedergegeben wird, lautet wie gewünscht: „Die wichtigsten
Ergebnisse ... zeigen, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten ein Jahr nach
Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine ihre Einigkeit und Zielstrebigkeit
wiedergefunden haben. Die Studie offenbart aber auch eine große Kluft zwischen dem
Westen und dem ‚Rest‘, wenn es um die gewünschten Ergebnisse des Krieges geht,
und unterschiedliche Auffassungen darüber, warum die USA und Europa die Ukraine
unterstützen.“

Eine der Fragen war, ob der Krieg möglichst schnell beendet werden soll, auch wenn
das bedeutet, dass die Ukraine Gebiete an Russland abtreten muss, oder ob er von der
Ukraine gewonnen werden soll, die alle besetzten Gebiete zurückerhält, auch wenn der
Krieg lange dauert und dies mehr tote und Vertriebene zur Folge hat (was die offizielle
Haltung ist: Unterstützung solange wie notwendig und koste es, was es wolle, inklusive
tote Ukrainer).

In der Süddeutschen liest man im Untertitel: „Viele Europäer sind der Meinung, die
Ukraine müsse alle besetzten Gebiete zurückerobern. Ihre Ansichten ähneln denen von
US-Bürgern.“ Und im SZ-Artikel heißt es: „Und der neue Konsens in Europa – so sieht
es jedenfalls ein großer Teil der Befragten – lautet: Nur ein Sieg der Ukraine wird Putins
Krieg stoppen.“

Sieht man sich die Antworten an, erscheint der „neue Konsens“ auch in Europa schon
deutlich brüchiger. In den nicht näher aufgeschlüsselten neun EU-Staaten (Dänemark,
Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Estland) steht
keineswegs eine Mehrheit hinter dieser Position, sondern mit 38 Prozent etwas mehr
als ein Drittel. Allein 27 Prozent wollten oder konnten sich nicht entscheiden. 30
Prozent sind für eine schnelle Beendigung des Krieges mit der Akzeptanz, dass Gebiete
abgetreten werden, und 5 Prozent sagen sogar, dass die westliche Dominanz
zurückgedrängt werden müsse, auch wenn dies bedeutet, die „russische territoriale
Aggression“ zu akzeptieren.

Von einem „neuen Konsens“ zu sprachen, den 38 Prozent der Befragten teilen und 35 Prozent dezidiert nicht, ist schon Meinungsmache oder Beeinflussungsjournalismus. In den USA ist die Unsicherheit mit 39 Prozent der Befragten noch stärker. Aber mit 34 Prozent votiert auch nur ein Drittel für die Fortsetzung des Kriegs, 21 Prozent sind für Frieden und 6 Prozent für ein Zurückdrängen der westlichen Dominanz. Das Brexit-Großbritannien ist die große Ausnahme, hier stehen 44 Prozent hinter dem Krieg.

Which of the following best reflects your view? In per cent

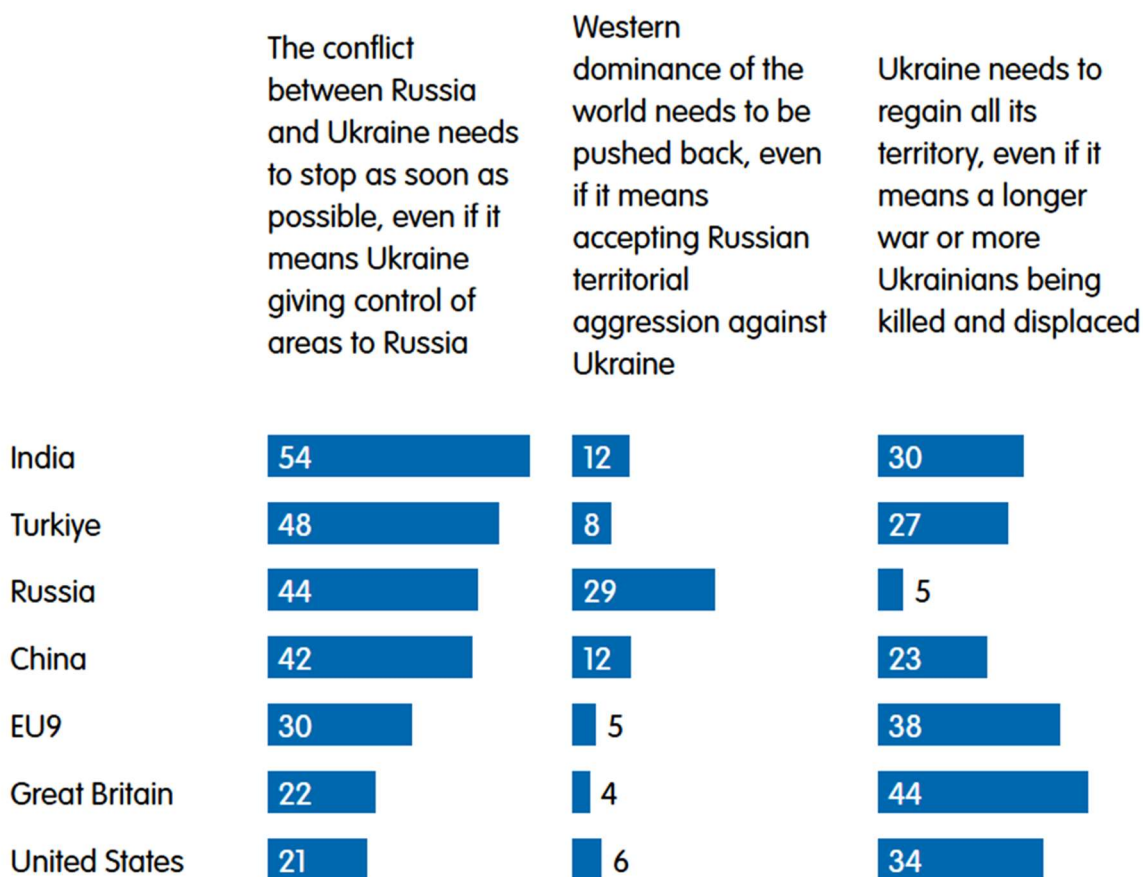


Bild: [ECFR](#)

In Indien, China, der Türkei und Russland sind die Kriegsbefürworter in der Minderheit. Wenig verwunderlich sagen dies nur 5 Prozent der Russen, aber auch nur 23 Prozent der Chinesen, 27 Prozent der Türken und 30 Prozent der Inder. In diesen Ländern tritt die relative Mehrheit für einen schnellen Frieden mit Abtretung von Gebieten ein. Allen voran die vom Westen umworbene Demokratie Indien mit 54 Prozent, in der Türkei sind es 48 Prozent, in China nur 42 Prozent.

In der EU, in Großbritannien am stärksten und in den USA sieht eine Mehrheit mittlerweile Russland als Gegner (adversary), in China, Indien und der Türkei ist das spiegelverkehrt. Kein Wunder also, dass sich der von den USA angeführte Westen schwertut, den „globalen Süden“ auf seine Seite zu ziehen.

Gefragt wurde, ob weiter Energie von Russland bezogen werden soll, allerdings ließ man aus zu fragen, ob man dies von den USA, Saudi-Arabien, Katar etc. machen sollte. 55 Prozent der Befragten in den neun EU-Ländern. Die anderen Länder fragte man nicht oder gibt die Ergebnisse nicht bekannt. Seltsam ist auch, dass man nur Inder, Chinesen, Russen und Türken fragte, welche Länder einer wirklichen Demokratie am nächsten kommen. Vielleicht wollte man den kritischen Blick der Bürger der westlichen Länder lieber ausblenden. Für das westliche Selbstverständnis wird es aber auch schwer zu schlucken sein, wenn 77 Prozent der Chinesen ihr Land als wirkliche Demokratier einschätzten, aber nur 6 Prozent die USA. Auch 57 Prozent der Inder sehen ihr Land als wirkliche Demokratie, die Türken sind mit 36 Prozent gebrochener. Dem westlichen Blick dürften die Russen eher entsprechen: Für 20 Prozent kommt Russland einer wirklichen Demokratie am nächsten, für 18 Prozent die USA.

Bezeichnend ist, dass die Amerikaner eher daran glauben, dass die USA die Demokratie in der Ukraine verteidigt oder die territoriale Integrität, während ansonsten, leicht auch in den EU-Staaten, eher die amerikanischen Interessen überwiegen, nämlich die westliche Dominanz oder die eigene Sicherheit zu verteidigen. Die Europäer glauben eher, ihre Staaten würden ihre Sicherheit (49%) oder die westliche Dominanz (14%) verteidigen als die Demokratie oder territoriale Integrität, was die Regierenden immer wieder als Begründung vor allem behaupten, um den Stellvertreterkrieg zu verschleiern.

Nirgendwo geht es vor allem um die territoriale Integrität der Ukraine, dem primären Kriegsziel der Ukraine. Daher ist gut vorstellbar, dass die Unterstützerländer für einen für sie annehmbaren Frieden akzeptieren, dass die Ukraine einige Gebiete abtreten muss.

Interessant ist auch, dass Inder, Chinesen und Türken meinen, der Konflikt zeige, dass Russland in ihm stärker geworden ist, während Amerikaner, Briten und Europäer das andersherum sehen.

Ähnliche Beiträge:

- [„Deutschland zahlt den Preis für den von den Amerikanern gegen Russland geführten Krieg“](#)
 - [Wer entscheidet darüber, ob Deutschland auch militärische Führungsmacht Europas werden soll?](#)
 - [Abzug aus Cherson oder Niederlage? Über die russische Kriegsführung](#)
 - [Der wirkliche Selenskij: vom prominenten Populisten zum unpopulären Neoliberalen im Pinochet-Stil](#)
 - [Wohin steuert Russland?](#)
-

- [Europäische Macht](#)

Vereinter Westen, getrennt vom Rest: Globale öffentliche Meinung ein Jahr nach Russlands Krieg gegen die Ukraine

[Timothy Garton Asche](#)

[Iwan Krastew](#)

[Mark Leonard](#)

- [Policy Brief](#)
- 22. Februar 2023



Von links: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, Mitte, und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, reichen sich nach einer Medienkonferenz die Hände

Bild von picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Olivier Matthys

©

INHALTSVERZEICHNIS

1. [Zusammenfassung](#)
2. [Einleitung](#)
3. [Stoppt den Krieg und gewinnt den Krieg](#)
4. [Machen Sie nicht nur etwas über Demokratie](#)
5. [Weiteres Anhören](#)
6. [Fragmentierung vs. Polarisierung: Was wird die nächste Weltordnung definieren?](#)
7. [Indien und die Türkei als \(wieder\) aufstrebende Großmächte](#)

8. [Fazit: Das Paradox der westlichen Einheit und der globalen Uneinigkeit](#)
9. [Methodologie](#)
10. [Über die Autoren](#)
11. [Bestätigungen](#)

Zusammenfassung

- Eine neue Umfrage legt nahe, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine "den Westen" konsolidiert hat; Europäische und amerikanische Bürger haben viele gemeinsame Ansichten zu wichtigen globalen Fragen.
- Europäer und Amerikaner sind sich einig, dass sie der Ukraine helfen sollten, zu gewinnen, dass Russland ihr erklärter Gegner ist und dass die kommende globale Ordnung höchstwahrscheinlich von zwei Blöcken definiert wird, die jeweils von den USA und China angeführt werden.
- Im Gegensatz dazu bevorzugen Bürger in China, Indien und der Türkei ein schnelles Ende des Krieges, auch wenn die Ukraine Territorium abtreten muss.
- Auch die Menschen in diesen nicht-westlichen Ländern und in Russland halten die Entstehung einer multipolaren Weltordnung für wahrscheinlicher als eine bipolare Anordnung.
- Westliche Entscheidungsträger sollten berücksichtigen, dass die Konsolidierung des Westens in einer zunehmend gespaltenen postwestlichen Welt stattfindet; und dass aufstrebende Mächte wie Indien und die Türkei zu ihren eigenen Bedingungen handeln und sich dagegen wehren werden, in einen Kampf zwischen Amerika und China verwickelt zu werden.

Einleitung

Ein Jahr nach Russlands Invasion in der Ukraine gibt es wenig Zweifel daran, dass der Krieg ein Wendepunkt in der Weltgeschichte ist. Der Konflikt hat die grundlegendsten Annahmen der Europäer über ihre Sicherheit in Frage gestellt, das Gespenst einer nuklearen Konfrontation zurück auf ihren Kontinent gebracht, die Weltwirtschaft gestört und Energie- und Nahrungsmittelkrisen hinterlassen.

Doch während Russlands Aggression ein Ereignis von globaler Bedeutung ist, haben Menschen in verschiedenen Teilen der Welt es auf unterschiedliche Weise erlebt und interpretiert. [Laut](#) einem ehemaligen nationalen Sicherheitsberater des indischen Premierministers "hat ein Jahr Krieg in der Ukraine für viele Teile der Welt weniger dazu beigetragen, die Weltordnung neu zu definieren, als sie weiter in die Irre zu treiben, was neue Fragen darüber aufwirft, wie dringende transnationale Herausforderungen bewältigt werden können". Im Gegensatz zur Meinung im Westen scheinen die Menschen in vielen nicht-westlichen Ländern zu glauben, dass die Zeit nach dem Kalten Krieg vorbei ist. Sie erwarten nicht, dass die nächste internationale Ordnung von einer Polarisierung zwischen zwei Blöcken unter Führung der Vereinigten Staaten und Chinas geprägt sein wird; Stattdessen sehen sie eher eine Fragmentierung in eine multipolare Welt.

Die wichtigsten Ergebnisse einer neuen länderübergreifenden globalen Umfrage deuten darauf hin, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten ein Jahr nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine ihre Einheit und Zielstrebigkeit wiedererlangt haben. Aber die Studie zeigt auch eine große Kluft zwischen dem Westen und dem "Rest", wenn es um die gewünschten Ergebnisse für den Krieg geht, und unterschiedliche Auffassungen darüber, warum die USA und Europa die Ukraine unterstützen. Die Umfrage fand im Dezember 2022 und Januar 2023 in neun EU-Ländern und Großbritannien sowie in China, Indien, der Türkei, Russland und den USA (den CITRUS-Ländern, um die Abkürzung des Projekts [Europe in a Changing World](#) der Universität Oxford zu verwenden) statt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Russlands Aggression in der Ukraine sowohl die Konsolidierung des Westens als auch die Entstehung der seit langem angekündigten postwestlichen internationalen Ordnung markiert.

Stoppt den Krieg und gewinnt den Krieg

Der neue [Konsens](#) unter den europäischen Regierungen ist, dass nur ein ukrainischer Sieg Putins Krieg beenden wird. Obwohl eine beträchtliche Anzahl europäischer Bürger immer noch wünscht, dass der Krieg so schnell

wie möglich beendet wird, scheint die Umfrage im letzten Jahr einen [klaren Trend](#) zu zeigen, dass die Ukraine gewinnt, auch wenn der Konflikt noch einige Zeit andauert. Die Amerikaner glauben ebenfalls, dass die Ukraine ihr Territorium zurückgewinnen muss, wenn ein dauerhafter Frieden gesichert werden soll.

Im Gegensatz dazu haben die Menschen in nicht-westlichen Ländern eine klare Präferenz dafür, dass der Krieg jetzt beendet wird – auch wenn dies bedeutet, dass die Ukraine Territorium aufgeben muss. In China stimmt eine Mehrheit der Befragten (42 Prozent) zu, dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine so schnell wie möglich beendet werden muss, auch wenn dies bedeutet, dass die Ukraine die Kontrolle über Gebiete ihres Territoriums an Russland übergibt. Dieser Wunsch, den Krieg bald zu beenden, ist in der Türkei (48 Prozent) und Indien (54 Prozent) noch stärker. Es ist jedoch erwähnenswert, dass fast ein Drittel der Menschen in diesen beiden Ländern es vorziehen würde, wenn die Ukraine ihr gesamtes Territorium zurückgewinnen würde, auch wenn dies einen längeren Krieg oder mehr Tote und Vertreibung von Ukrainern bedeutet.

Wenn Amerikaner und Europäer über den Krieg nachdenken, sind sie sich einig in der Überzeugung, dass Russland ein "Gegner" oder ein "Rivale" ist. Einundsiebzig Prozent der Befragten in den USA, 77 Prozent in Großbritannien und 65 Prozent in den EU-Ländern haben sich zu einem dieser beiden Begriffe geäußert; sie betrachten die Zukunft der Beziehungen zu Russland als eine der Konfrontation.

Die wachsende Feindseligkeit der Europäer gegenüber Russland spiegelt sich in ihrer Präferenz wider, keine russischen fossilen Brennstoffe zu kaufen, selbst wenn dies zu Problemen bei der Energieversorgung führt. Dies ist die vorherrschende Meinung in jedem der neun befragten EU-Länder, die durchschnittlich 55 Prozent dieser EU-Bürger unterstützen. Dagegen befürworten nur 24 Prozent die Sicherung einer ungehinderten Energieversorgung durch Weiterkäufe aus Russland.

Machen Sie nicht nur etwas über Demokratie

Die untersuchten nicht-westlichen Öffentlichkeiten unterscheiden sich von den westlichen Öffentlichkeiten nicht nur in den Ergebnissen, die sie sich für den Krieg wünschen, sondern auch darin, was sie darüber denken, warum die USA und Europa der Ukraine helfen.

Präsident Joe Biden hat den Krieg als Kampf zwischen Demokratie und Autoritarismus [dargestellt](#) und versucht, die Verteidigung der Demokratie als Schlachtruf im In- und Ausland zu nutzen. In den USA ist die Sprache der Führung der "[freien Welt](#)" zurückgekehrt.

Während westliche Persönlichkeiten den Konflikt auf diese Weise darstellen können, um den Westen zu vereinen, bietet er keinen sicheren Weg, um Bürger in nicht-westlichen Ländern anzusprechen. Im Gegenteil: Nach Ansicht vieler Menschen außerhalb des Westens sind auch die eigenen Länder Demokratien – und vielleicht sogar die besten Demokratien. Auf die Frage, welches Land einer "echten Demokratie" am nächsten kommt, antworten 77 Prozent in China mit "China"; 57 Prozent der Inder antworten mit "Indien". In Russland und der Türkei sind die Antworten weniger eindeutig, aber die häufigste Antwort der Türken ist immer noch ihr eigenes Land (36 Prozent). Die Umfrage ergab, dass 20 Prozent der Russen die Auszeichnung an Russland vergeben, was dort auch die beste inhaltliche Antwort ist. (Allerdings wählte fast ein Drittel der Befragten in Russland kein Land als Land mit einer echten Demokratie.)

Andere Ergebnisse unserer Umfrage deuten darauf hin, dass die Menschen in China, Indien und der Türkei skeptisch gegenüber Behauptungen über die Verteidigung der Demokratie sind.

Viele in China behaupten, dass die amerikanische und europäische Unterstützung für die Ukraine von dem Wunsch angetrieben wird, die westliche Dominanz zu schützen. Und für die überwiegende Mehrheit der Chinesen und Türken ist die westliche Unterstützung für die Ukraine aus anderen Gründen als der Verteidigung der territorialen Integrität der Ukraine oder ihrer Demokratie motiviert.

Unter den aufstrebenden Mächten bildet Indien eine Ausnahme, wo (ähnlich wie in den USA) mehr als die Hälfte der Befragten einen dieser beiden Gründe nennen, um die westliche Solidarität zu erklären. Dennoch hindert der Mangel an Demokratie in Russland die Inder nicht daran, das Land insgesamt positiv zu sehen: 51 Prozent bezeichnen es als "Verbündeten" und weitere 29 Prozent als "Partner".

Die Umfrage zeigt, dass Wladimir Putins offener Angriffskrieg und sein militärisches Versagen während des Konflikts die Menschen in nicht-westlichen Ländern nicht dazu veranlasst zu haben scheinen, ihre Meinung über Russland herabzustufen oder seine relative Stärke in Frage zu stellen. Russland ist entweder ein "Verbündeter" oder ein "Partner" für 79 Prozent der Menschen in China und 69 Prozent in der Türkei. Darüber hinaus glauben rund drei Viertel in jedem dieser beiden Länder und in Indien, dass Russland entweder stärker oder zumindest gleich stark ist, verglichen damit, wie sie es vor dem Krieg wahrgenommen haben.

Weiteres Anhören

["Mark Leonards Welt in 30 Minuten" Podcast - Mark](#) Leonard, Timothy Garton Ash und Ivan Krastev diskutieren die wichtigsten Ergebnisse der jüngsten ECFR-Meinungsumfrage in dieser Folge.

Fragmentierung vs. Polarisierung: Was wird die nächste Weltordnung definieren?

Eines der auffälligsten Ergebnisse der Umfrage bezieht sich auf unterschiedliche Vorstellungen über die zukünftige Weltordnung. Die meisten Menschen innerhalb und außerhalb des Westens glauben, dass die von den USA geführte liberale Ordnung vergeht.

Auf paradoxe Weise signalisiert die neu gefundene Einheit des Westens als Reaktion auf Russlands Aggression keine Wiederauferstehung einer von Amerika geführten internationalen Ordnung. Nur 9 Prozent der Menschen in den USA, 7 Prozent in den befragten EU-Ländern und 4 Prozent in

Großbritannien sehen die globale Vormachtstellung Amerikas als den wahrscheinlichsten Zustand in einem Jahrzehnt.

Stattdessen herrscht in Europa und Amerika die Ansicht vor, dass die Bipolarität zurückkehrt. Eine beträchtliche Anzahl von Menschen erwartet eine Welt, die von zwei Blöcken dominiert wird, angeführt von den USA und China. Erinnerungen an den Kalten Krieg prägen wahrscheinlich die Art und Weise, wie Amerikaner und Europäer die Zukunft sehen.

Außerhalb des Westens glauben die Bürger, dass eher Fragmentierung als Polarisierung die nächste internationale Ordnung markieren wird. Die meisten Menschen in großen nicht-westlichen Ländern wie China, Indien, der Türkei und Russland sagen voraus, dass der Westen bald nur noch ein globaler Pol unter mehreren sein wird. Der Westen mag immer noch die stärkste Partei sein, aber er wird nicht hegemonial sein.

Die populärste Ansicht in Russland und China ist, eine gleichmäßigere Verteilung der globalen Macht auf mehrere Länder zu erwarten – nämlich die Entstehung von Multipolarität. Das erwarten auch mehr als 20 Prozent der Türken und Inder. Dies trotz der Tatsache, dass mehr Inder eine US-Dominanz vorhersehen, während die Reaktionen in Turkiye fast zu gleichen Teilen zwischen der Vorwegnahme der amerikanischen Hegemonie, der chinesischen Hegemonie, einer bipolaren Welt und der Multipolarität aufgeteilt sind.

Alles in allem wird für 61 Prozent der Menschen in Russland, 61 Prozent in China, 51 Prozent in der Türkei und 48 Prozent in Indien die zukünftige Weltordnung entweder durch Multipolarität oder chinesische (oder andere nicht-westliche) Dominanz bestimmt. Diese Ansicht wird in den USA, Großbritannien und den EU-Staaten geteilt, die jeweils nur von 37 Prozent, 29 Prozent und 31 Prozent der Menschen befragt werden.

Indien und die Türkei als (wieder) aufstrebende Großmächte

In der Art von bipolarem Weltszenario, das von Amerikanern und Europäern erwartet wird, könnte die Rolle von Ländern wie Indien und Turkiye als [Swing-Staaten](#) sein, die – wenn auch widerwillig – gezwungen sein werden, ihre Loyalität zu definieren und Partei zu ergreifen.

Aber die Umfrage legt nahe, dass diese Länder sich selbst oder ihre Rolle in der kommenden internationalen Ordnung nicht so sehen. In einer zunehmend fragmentierten und polarisierten Welt scheinen Länder wie Indien und die Türkei vom frei schwebenden Souveränismus angezogen zu werden – wo jeder Konflikt zwischen Supermächten zu einer Gelegenheit wird, seine Relevanz und Fähigkeit, souveräne Entscheidungen zu treffen, geltend zu machen.

Indien

Indien ist das wichtigste globale Land dieser Überzeugung – und seine Bürger scheinen eine klare Vorstellung vom Platz ihres Landes in der Welt zu haben. Die Befragten in Indien zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl die USA (47 Prozent) als auch Russland (51 Prozent) als "Verbündeten" bezeichnen – was zum Teil daran liegen dürfte, dass China für sie entweder ein "Gegner" (39 Prozent) oder ein "Rivale" (37 Prozent) ist. Auch die Europäische Union und Großbritannien werden überwiegend positiv wahrgenommen: Die Inder sehen diese entweder als "Verbündeten" oder als "Partner".

Die Mehrheit der indischen Öffentlichkeit nimmt fast jede andere Macht – einschließlich der USA (70 Prozent), Russlands (63 Prozent), Chinas (53 Prozent), der EU (67 Prozent), Großbritanniens (63 Prozent) und Indiens selbst (68 Prozent) – als "stärker" wahr, als sie vor Russlands totalem Krieg gegen die Ukraine dachten. Sie sind die einzigen, die eine solche Sicht auf die gesamten USA, Russland, die EU, Großbritannien und ihr eigenes Land haben.

Die Inder scheinen positiv in die Zukunft zu blicken. Ihre wichtigsten Antworten auf die Frage, ob sie ihr Land beschreiben sollen, sind, dass es "aufsteigt" (35 Prozent), "stark" (28 Prozent) und "friedlich" (18 Prozent) ist. Nur ein kleiner Teil glaubt, dass sie "rückläufig" (8 Prozent) oder "schwach" (7

Prozent) ist. Zum Vergleich: 31 Prozent der Amerikaner und Briten bezeichnen ihr eigenes Land als "rückläufig".

Indien ist auch, wie bereits erwähnt, das einzige CITRUS-Land, in dem die Meinung vorherrscht, dass die USA (28 Prozent) und Europa (36 Prozent) die Ukraine größtenteils unterstützen, um sie als Demokratie zu verteidigen – dies könnte Indiens Selbstverständnis als größte Demokratie der Welt widerspiegeln.

Turkiye

Näher an Europa sieht sich Turkiye in einer ähnlichen Rolle wie Indien. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat den Konflikt genutzt, um die Rolle seines Landes als unausweichlicher Akteur in der europäischen Politik zu behaupten. Er hat es geschafft, sowohl ein wichtiger Waffenlieferant für die Ukraine als auch einer der vertrauenswürdigsten Wirtschaftspartner Russlands zu sein.

Die türkische Öffentlichkeit hat ein vergleichbares Weltbild und sieht fast alle überwiegend als "Partner", seien es die USA (51 Prozent), China (47 Prozent), Russland (55 Prozent) oder die EU (53 Prozent). Wenn es um die Wahrnehmung von Turkiye durch andere Bevölkerungsgruppen geht, werden diese Ansichten erwidert. Die Türkei wird vor allem in Russland (60 Prozent), China (38 Prozent) und Indien (39 Prozent) als "Partner" betrachtet – obwohl ein Drittel der Chinesen und Inder das Land als "Rivalen" oder "Gegner" bezeichnet.

Im Westen sehen die Menschen Turkiye auch meist als "Partner". Allerdings gibt ein auffallend hoher Anteil der Befragten in den USA, Großbritannien und der EU – zwischen 40 und 50 Prozent – an, einfach nicht zu wissen, wie man Turkiye definiert. Der Grund für diese westliche Unsicherheit liegt wahrscheinlich darin, dass Turkiye ihre neue souveräne Außenpolitik zur Schau stellt, während sie, zumindest auf dem Papier, Mitglied der NATO bleibt.

Fazit: Das Paradox der westlichen Einheit und der globalen Uneinigkeit

Während des Irakkriegs 2003 versuchten führende europäische Intellektuelle wie Jacques Derrida und Jürgen Habermas, die politische Identität der EU im Gegensatz zu der der USA zu definieren. Sie feierten Europas zivile Macht als ultimativen Kontrapunkt zu Amerikas militärischer Macht. In den letzten zehn Jahren und insbesondere nach den Trump-Jahren in den USA sind Vorstellungen von europäischer Souveränität und strategischer Autonomie wieder in den Mittelpunkt der europäischen Debatten gerückt. Aber die Realität ist, dass Russlands umfassende Invasion in der Ukraine die erneute Zentralität der amerikanischen Macht für Europa bestätigt hat – mit Milliarden von Dollar, die für die Aufrechterhaltung der Kriegsanstrengungen ausgegeben wurden, die die Einheit über den Atlantik hinweg in Bezug auf Sanktionen und diplomatische Positionen gegenüber Russland aufrechterhalten und westlich geführten Institutionen wie der NATO und der G7 neues Leben eingehaucht haben.

Diese Realität ist von der globalen Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben. Die aufstrebenden Mächte, die in dieser Studie betrachtet werden, betrachten Europa und Amerika oft als Teil eines einzigen Westens. Zweiundsiebzig Prozent der Menschen in der Türkei, 60 Prozent in China und 59 Prozent in Russland sehen kaum einen Unterschied zwischen der Politik der EU und der USA gegenüber ihren Ländern (zweifellos zur Enttäuschung von Präsident Emmanuel Macron und anderen Verfechtern der europäischen strategischen Autonomie). Wie bereits erwähnt, bleiben jedoch noch einige wichtige Nuancen bestehen, insbesondere wenn es um das Ansehen der USA und Europas in Indien und China geht.

Inzwischen ist klar, dass der Krieg entgegen den Erwartungen des Kremls den Westen eher gefestigt als geschwächt hat. Wenn das Risiko einer transatlantischen Spaltung noch besteht, kommt es von innen: Ein möglicher Sieg von Donald Trump bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2024 könnte für die westliche Einheit bedrohlicher sein als alles, was Russland bisher aufbringen konnte.

Der Westen mag jetzt konsolidierter sein, aber er hat nicht unbedingt mehr Einfluss auf die Weltpolitik. Das Paradoxe ist, dass diese neu gefundene Einheit mit der Entstehung einer postwestlichen Welt zusammenfällt. Der Westen ist nicht zerfallen, aber seine Konsolidierung ist zu einem Zeitpunkt gekommen, an dem andere Mächte nicht einfach tun werden, was er will.

Sind westliche Führer und westliche Gesellschaften bereit für diese neue Welt? Unsere Umfragen zeigen, dass viele Menschen im Westen die kommende internationale Ordnung als Rückkehr einer Bipolarität wie im Stil des Kalten Krieges zwischen West und Ost, zwischen Demokratie und Autoritarismus sehen. In diesem Zusammenhang könnten Entscheidungsträger in den USA und der EU geneigt sein, Länder wie Indien und die Türkei als Swing States zu betrachten, die dazu überredet werden können, sich auf die Seite des Westens zu stellen.

Aber die Menschen in diesen Ländern sehen sich ganz anders: als aufstrebende Großmächte, die sich in einigen Fragen auf die Seite des Westens stellen können, in anderen nicht. Im Gegensatz zu den Tagen des Kalten Krieges sind die wichtigsten Handelspartner heute in der Regel nicht die Sicherheitspartner. Selbst wenn die aufstrebenden Mächte mit dem Westen übereinstimmen, werden sie oft gute Beziehungen zu Russland und China unterhalten. Das ist es auch, was Brasilien derzeit tut: Präsident Lula [spricht sich](#) dafür aus, die Neutralität seines Landes gegenüber der Ukraine und Russland zu wahren, um "jede Beteiligung, auch indirekt" zu vermeiden, auch wenn er akzeptiert, dass Russland "falsch lag", als es in seinen Nachbarn einmarschierte.

Es könnte die Europäer enttäuschen, dass Regierungen und die Öffentlichkeit in Ländern wie Indien und der Türkei dazu neigen, Russlands Aggression eher durch das Prisma ihrer nationalen Interessen als durch universelle Prinzipien zu betrachten. Aber sie sollten nicht übermäßig überrascht sein. Viele nicht-westliche Nationen hatten ihre eigenen Momente der Enttäuschung in der Art und Weise, wie westliche Länder Krisen vernachlässigt haben, die für diese Akteure existenziell wichtig waren. Die Rede von westlicher Heuchelei zeigt

sich am deutlichsten in der unterschiedlichen Behandlung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Syrien – aber das ist für viele aufstrebende Mächte nur die Spitze des Eisbergs.

Unserer Ansicht nach wäre der Westen gut beraten, Indien, die Türkei, Brasilien und andere vergleichbare Mächte als neue souveräne Subjekte der Weltgeschichte zu behandeln und nicht als Objekte, die auf die richtige Seite der Geschichte gezogen werden müssen. Diese Länder repräsentieren keinen neuen dritten Block oder Pol in der internationalen Politik. Sie teilen untereinander keine gemeinsame Ideologie. In der Tat haben sie oft divergierende oder konkurrierende Interessen. Sie wissen, dass sie nicht den globalen Einfluss der USA oder Chinas haben. Aber sie begnügen sich sicherlich nicht damit, sich den Launen und Plänen der Supermächte anzupassen. Und ihre Öffentlichkeit unterstützt einen solchen Ansatz, wie [zum Beispiel](#) ihre [Zurückhaltung](#) zeigt, Probleme im Zusammenhang mit der Ukraine als ihre Angelegenheit zu betrachten. Anstatt von ihnen zu erwarten, dass sie die westlichen Bemühungen zur Verteidigung der schwindenden Ordnung nach dem Kalten Krieg unterstützen, müssen wir bereit sein, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um eine neue aufzubauen.

Der Sieg der Ukraine im Krieg wird entscheidend für die Gestaltung der nächsten europäischen Ordnung sein. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine von den USA geführte globale liberale Ordnung wiederhergestellt wird. Stattdessen wird der Westen als ein Pol einer multipolaren Welt mit feindlichen Diktaturen wie China und Russland, aber auch mit unabhängigen Großmächten wie Indien und Russland leben müssen. Turkiye. Dies könnte der größte geopolitische Wendepunkt sein, den der Krieg offenbart hat: dass die Konsolidierung des Westens in einer zunehmend gespaltenen postwestlichen Welt stattfindet.

Methodologie

Die in diesem Policy Brief enthaltenen Umfragen und Analysen sind das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen dem European Council on Foreign

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Relations und dem Projekt [Europe in a Changing World](#) des Dahrendorf-
Programms am St. Antony's College der Universität Oxford.

Dieser Bericht basiert auf einer Meinungsumfrage unter Erwachsenen (ab 18 Jahren), die Ende Dezember 2022 und Anfang Januar 2023 in zehn europäischen Ländern (Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Polen, Portugal, Rumänien und Spanien) und in fünf Ländern außerhalb Europas (China, Indien, Türkei, Russland und den Vereinigten Staaten) durchgeführt wurde. Die Gesamtzahl der Befragten betrug 19.765.

In Europa wurden die Umfragen für den ECFR als Online-Umfrage über Datapaxis und YouGov in Dänemark (1.064 Befragte; 3.-11. Januar), Frankreich (2.051; 3.-12. Januar), Deutschland (2.017; 4.-11. Januar), Großbritannien (2.200; 4.-10. Januar), Italien (1.599; 4.-12. Januar), Polen (1.413; 3.-20. Januar), Portugal (1.057; 4.-12. Januar), Rumänien (1.003; 4.-11. Januar) und Spanien (1.013; 4.-11. Januar) durchgeführt; und über Datapaxis und Norstat in Estland (1.022; 18.-24. Januar). In allen europäischen Ländern war die Stichprobe national repräsentativ für die demografische Grundbildung und die Wahlbeteiligung. Im Vereinigten Königreich erstreckte sich die Umfrage nicht auf Nordirland, weshalb sich das Papier auf Großbritannien bezieht.

Außerhalb Europas wurden die Umfragen von der Gallup International Association (GIA) über unabhängige lokale Partner als Online-Umfrage in den USA (1.074; am 17. Januar; über Distance/SurveyMonkey), China (1.024; 3.-17. Januar; Distance/Dynata) und Turkiye (1.085; 3.-19. Januar; Entfernung/Dynata); und durch persönliche Umfragen in Russland (800; 26. Dezember bis 17. Januar: BeMedia Consultant) und Indien (1.343; 27. Dezember bis 18. Januar; Konvergent). Die Wahl der persönlichen Umfragen in den beiden letztgenannten Ländern wurde durch die angespannte innenpolitische und soziale Situation in Russland und die schlechte Qualität des Internets in den kleineren Städten Indiens bestimmt. In Turkiye und den USA war die Stichprobe national repräsentativ für grundlegende

demografische Daten. In China umfasste die Umfrage nur Diskussionsteilnehmer aus den Agglomerationen Shanghai, Peking, Guangzhou und Shenzhen. In Russland wurden nur Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern abgedeckt. Und in Indien wurden ländliche Gebiete und Tier-3-Städte nicht abgedeckt. Daher sollten Daten aus China, Russland und Indien nur für die von der Umfrage abgedeckte Bevölkerung als repräsentativ angesehen werden. Nicht zuletzt sind die Ergebnisse aus Russland und China angesichts des Umfrageumfangs und des Fragebogens mit Vorsicht zu interpretieren, wobei die Möglichkeit zu berücksichtigen ist, dass sich einige Befragte in der freien Meinungsäußerung eingeschränkt gefühlt haben könnten.

Über die Autoren

Timothy Garton Ash ist Professor für Europäische Studien an der Universität Oxford und Co-Leiter des Projekts [Europe in a Changing World](#). Sein neues Buch, *Homelands: A Personal History*, erscheint in diesem Frühjahr.

[Ivan Krastev](#) ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies, Sofia, und ständiger Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien. Er ist Autor von *Is It Tomorrow Yet?: Paradoxes of the Pandemic*, neben vielen anderen Publikationen.

[Mark Leonard](#) ist Mitbegründer und Direktor des European Council on Foreign Relations. Sein neues Buch *The Age of Unpeace: How Connectivity Causes Conflict* wurde am 2. Juni 2022 von Penguin als Taschenbuch veröffentlicht. Außerdem moderiert er den wöchentlichen ECFR-Podcast "World in 30 Minutes".

Bestätigungen

Diese Veröffentlichung wäre ohne die außergewöhnliche Arbeit des ECFR-Unlock-Teams nicht möglich gewesen. Die Autoren danken insbesondere Pawel Zerka und Gosia Piaskowska, die einige der interessantesten Trends entdeckt und akribisch an den Daten gearbeitet haben, die diesem Bericht

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

zugrunde liegen, sowie Marlene Riedel und Nastassia Zenovich, die an der Visualisierung der Daten gearbeitet haben. Adam Harrison war ein bewundernswerter Redakteur. Andreas Bock leitete die strategische Medienarbeit, während Lucie Haupenthal und Michel Seibriger maßgeblich an der Koordination der Advocacy-Bemühungen beteiligt waren. Susi Dennison, Josef Lolacher und Anand Sundar machten einfühlsame und nützliche Vorschläge zur Sache. Die Autoren danken auch Paul Hilder und seinem Team von Datapraxis für die geduldige Zusammenarbeit mit uns bei der Entwicklung und Analyse der im Bericht erwähnten Umfragen. Trotz dieser vielfältigen Beiträge bleiben Fehler die eigenen Autoren.

Diese Umfrage und Analyse war das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen ECFR und dem Projekt "[Europe in a Changing World](#)" des Dahrendorf-Programms am St. Antony's College der Universität Oxford. ECFR arbeitete bei diesem Projekt mit der [Calouste Gulbenkian Foundation](#), dem [Think Tank Europa](#) und dem [International Center for Defence and Security](#) zusammen.

Der European Council on Foreign Relations vertritt keine kollektiven Positionen. ECFR-Publikationen geben nur die Ansichten ihrer einzelnen Autoren wieder.



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck



Illustration: Vogl und Rosenbaum

Vielschreiberei.

WRITE FOR RIGHTS

AMNESTY INTERNATIONAL 



Staatliche Beihilfe zum US-Drohnenmordprogramm

**Verfassungswidrige Abhörstation
Königswarte ist eine Komplizenschaft
beim US-Drohnenmordprogramm!**

klar sehen



JUSTIZ **Medien** **POLITIK**



**Alle Regierungen, alle Militärs und alle
Geheimdienst aus den NATO-Staaten, der
Schweiz, Österreich und Schweden beteiligen
sich AKTIV am Drohnenmordprogramm.**

**MILITARY-INDUSTRIAL
COMPLEX**



thinkTANK
THE PEACE ROOM
FRIEDE DURCH RECHT



**FRIEDE
FREIHEIT
FAIRNESS**

thinkTANK
LERNFABRIK

"Bildung ist die mächtigste Waffe, die wir nutzen können um die Welt zu verändern. Nelson Mandela

